

## **Die Remigration der Politischen Wissenschaft**

### **Historisch-empirische Politikforschung in Berlin**

Tilman Fichter, Siegward Lönnendonker

Am 4. Dezember dieses Jahres begeht die Freie Universität (FU) ihren sechzigsten Geburtstag. Im Vergleich zu anderen deutschen Universitäten ist sie noch immer eine junge Universität. Ihr erster Student mit der Matrikelnummer 1, Karol Kubicki, bereitet gerade mit anderen FU-Gründern und Siegward Lönnendonker die Herausgabe einer Wissenschaftsgeschichte der FU vor. Denn ungeachtet manch politischer Unruhe, die zeitweise von der Dahlemer Universität ausging, wurde hier in den vergangenen sechs Jahrzehnten in Lehre und Forschung Herausragendes geleistet. Wenige Monate nach der Gründung der FU entstand auch das Institut für politische Wissenschaft, das 1959 gemeinsam mit der Deutschen Hochschule für Politik in die FU integriert wurde. Der folgende dokumentarische Beitrag zur Frühgeschichte des Instituts, unter besonderer Berücksichtigung der Einflüsse der in die USA emigrierten deutschen Sozialwissenschaftler auf die Entstehung der Politischen Wissenschaft im Nachkriegsdeutschland, wurde 1975 verfaßt. Viele Zusammenhänge aus der Gründerzeit der Dahlemer Universität waren 1975 schon vergessen, sie sind es jetzt leider erst recht. Der nachstehende Beitrag erinnert an die Neuanfänge der Politischen Wissenschaft und ihrer Protagonisten aus den Gründerzeiten der FU:<sup>1</sup>

Das Institut für politische Wissenschaft (IfpW) wurde am 28. Juli 1950 mit einer feierlichen Veranstaltung im Sitzungssaal der Stadtverordneten von Groß-Berlin in Anwesenheit von zahlreichen Professoren und Studenten der FU und der Deutschen Hochschule für Politik (DHfP) sowie den Vertretern der städtischen Verwaltung, der Parteien, der Gewerkschaften und der drei Westalliierten gegründet. Der Historiker Prof. Dr. James M. Read, Leiter der „Education and Cultural Relations Division“ der amerikanischen Militärverwaltung in Deutschland (HICOG), der als Vertreter des Amerikanischen Hohen Kommissars auf der Gründungsfeier des Instituts sprach, erinnerte in seiner Rede an die „engen intellektuellen Beziehungen“ zwischen der Staatswissenschaft in Deutschland und der Political Science in den Vereinigten Staaten:

Nach der Gleichschaltung der deutschen Universitäten durch das nationalsozialistische Regime sei im Nachkriegsdeutschland nur noch wenigen bekannt, daß „die Deutschen des 19. Jahrhunderts ganz entscheidende Beiträge zur wissenschaftlichen Erforschung der politischen Phänomene“ geleistet haben.<sup>2</sup> Reads Ausführungen dokumentieren, daß sich die Abteilung für Erziehung und Kultur beim Amerikanischen Hohen Kommissar in Deutschland bei der aktiven materiellen und politischen Unterstützung des IfpW ausdrücklich auf europäische und gerade auch auf die deutschen Entwicklungslinien dieser Wissenschaft beziehen konnte. Allerdings vertrat er die Auffassung, daß diese reiche Tradition in Deutschland bereits mit der Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 abgebrochen sei, während man an den amerikanischen Universitäten die wissenschaftliche Erforschung der Politik weiter ausgebaut habe. Die Überwindung dieses Bruchs

1 Es handelt hierbei sich um eine stark gekürzte Fassung des Arbeitsberichtes des Zentralinstituts 6 der Freien Universität Berlin aus dem Jahr 1975.

2 Ebd.

könne – so Read – nur durch eine inhaltliche Neubestimmung der Wissenschaft von der Politik geschehen: „Die Rückkehr der Wissenschaft der Politik nach Deutschland soll aber keineswegs eine Restauration bedeuten. Große neue Aufgaben stehen vor der politischen Forschung. Diese Aufgaben sehe ich in dreifacher Richtung. Zunächst wird es sich darum handeln, die jüngste deutsche politische Vergangenheit wissenschaftlich zu erforschen.“<sup>3</sup>

In einer Polemik gegen solche Historiker, die „vor der wissenschaftlichen Analyse der jüngsten Geschichte zurückschrecken“, verlangte Read „echte kritische Analysen“, die „feststellen, warum es so geschehen ist und wie es anders hätte geschehen können“. Systematische Analyse der jüngsten Geschichte definierte Read als die Erforschung des Versagens der Demokratie in Deutschland und der Aufarbeitung der demokratischen Ansätze, Strömungen und Ideen in Deutschland. Zum zweiten forderte Read die „wissenschaftliche Erforschung der deutschen Gegenwart“. Diese Gegenwartsuntersuchungen setzten die Kenntnis der geschichtlichen Entwicklung ebenso voraus wie die Anwendung und Weiterentwicklung der empirischen Methoden. Als dritte „große Aufgabe“, die das Institut für politische Wissenschaft allerdings nur indirekt erfüllen könne, nannte Read die „Erziehung des Volkes zur Demokratie“. Diese drei Aufgaben, die im 19. Jahrhundert von der Philosophie, der Geschichts- und der Rechtswissenschaft übernommen worden seien, müßten heute von der Wissenschaft der Politik angegangen werden. Denn die „großartigen Gedankensysteme der deutschen idealistischen Philosophie“ hätten sich soweit von der Wirklichkeit entfernt, daß sie zu leeren Formeln zu entarten schienen. Die Geschichtswissenschaft wiederum sei zum größten Teil zu einer reinen Fachwissenschaft geworden, und die Rechtswissenschaft müsse – wenn sie ihre rechtsstaatliche Funktion ausüben wolle – wesentlich Normwissenschaft bleiben.

Mit diesem von Prof. Read vorgegebenen Aufgabenkatalog für das Forschungsinstitut waren im wesentlichen Fragen angesprochen, die das Konzept der Demokratieforschung ausmachten – ein Ansatz, der dann von Otto Stammer für die Sozialwissenschaft in Deutschland ausformuliert wurde. Nicht zuletzt aufgrund der historischen Erfahrungen in Deutschland wurde dieses Konzept der Demokratieforschung entwickelt, und zwar in einer ständigen, mehr oder minder kritischen Auseinandersetzung mit den benachbarten sozialwissenschaftlichen Disziplinen, besonders mit dem juristischen Positivismus.

### *Die Konstruktion des privatrechtlichen Trägervereins*

Nur wenige Stunden vor der offiziellen Gründungsfeier fand in den Amtsräumen des Stadtverordnetenvorstehers von Groß-Berlin, Dr. Otto Suhr (SPD), im Rathaus in Berlin-Schöneberg die Gründungsversammlung des Vereins „Institut für politische Wissenschaft e. V.“ (IfpW) statt, auf der über die Gründung, die Feststellung der Satzung, die Wahl der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter, die Wahl des wissenschaftlichen Leiters und die Festlegung des Termins der Arbeitsaufnahme entschieden wurde. An dieser nichtöffentlichen Versammlung nahmen der Kunst- und Kulturhistoriker Prorektor Prof. Dr. Edwin Redslob, der Jurist Prof. Dr. Martin Drath und der Betriebswirt Prof. Dr. Erich Kosiol vom Akademischen Senat der FU teil; für den Lehrkörper und Senat der DHfP der Direktor der Hochschule, Dr. Otto Suhr, und die Abteilungsleiter Dr. Otto Heinrich von der Gablentz, Dr. Dietrich C. von Trotha und Dr. Gert von Eynern. Wie auf der Mitgliederversammlung vom 19. November 1951 eindeutig festgestellt wurde, fungierten dabei lediglich Prof. Redslob und Dr. Suhr als Vertreter ihrer

---

3 Ebd., S. 26 f.

Hochschulen, während alle anderen als natürliche Personen an der Gründungsversammlung teilnahmen, so auch der spätere Senator für Volksbildung, der Volkswirtschaftler an der FU, Prof. Dr. Joachim Tiburtius (CDU). In Paragraph 1 der einstimmig verabschiedeten Vereinssatzung des IfpW wurde der Zweck dieses ersten ausschließlich der politischen Wissenschaft dienenden Forschungsinstituts im Nachkriegsdeutschland folgendermaßen definiert: „Zweck des Vereins ist, das öffentliche Leben wissenschaftlich zu erforschen, insbesondere durch historische Untersuchungen und repräsentative Erhebungen. Der Verein hat das Recht, sich an anderen wissenschaftlichen Institutionen zu beteiligen und seine Untersuchungsergebnisse selbst oder durch andere zu veröffentlichen.“<sup>4</sup> Der Organisationstypus eines privatrechtlichen Trägervereins, für den sich die Gründer in Berlin entschieden, garantierte den beiden korporativen Gründungsmitgliedern FU und DHfP und den sechs natürlichen Gründungsmitgliedern, die, wie gesagt, gleichzeitig Professoren der FU bzw. Dozenten der DHfP waren, tatsächlich eine weitgehende Kontrolle über alle wesentlichen Personalentscheidungen, die zukünftigen Haushaltspläne und die Forschungskonzeptionen des IfpW.

Prof. Dr. Otto Stammer, wissenschaftlicher Leiter des IfpW vom 1. April 1955 bis zu seiner Emeritierung als ordentlicher Professor für Soziologie und Politische Wissenschaft an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der FU am 31. März 1969, nannte im Rückblick, anlässlich des zehnjährigen Bestehens des IfpW, zwei Hoffnungen, die damals mit dieser Rechtsform verbunden waren: „Einmal wollte man damit die wissenschaftliche und organisatorische Selbständigkeit der neuen Einrichtung sichern; zum anderen war man aber der Auffassung, daß für die zukünftige Finanzierung des Instituts die Vereinsform bessere Möglichkeiten böte. Zwar war die Unterstützung durch die amerikanischen Behörden in Deutschland und kurze Zeit später auch durch die beteiligten Hochschulen und das spätere Abgeordnetenhaus des Landes Berlin gewährleistet. Jedoch konnten damit die weitgespannten Pläne für den Aufbau und die Forschungsarbeit des Instituts finanziell noch keineswegs restlos sichergestellt werden. Man dachte damals auch an die mögliche Unterstützung der Institutsarbeit durch Institutionen der Wirtschaft und durch politische und gesellschaftliche Vereinigungen, denen die Möglichkeit eröffnet werden sollte, dem Verein als fördernde Mitglieder beizutreten. Diese Hoffnung erfüllte sich allerdings leider nicht.“<sup>5</sup>

### *Initiatoren und Gründer*

Wer sich heute um eine genauere Vorstellung von der ursprünglichen Konzeption für ein – unabhängig von den traditionellen Fakultäten der Universität in Deutschland arbeitendes – sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut bemüht, wie es am Ende der vierziger Jahre in Berlin und in New York diskutiert und im Sommer 1950 als IfpW in Berlin gegründet wurde, sollte sich die intellektuelle und politische Biographie seiner Initiatoren vor Augen führen. Franz L. Neumann, Otto Suhr, Arkadius Rolf Lang Gurland, Otto Stammer, Sigmund Neumann, Wolfgang Abendroth, Hermann Brill, Martin Drath und andere mehr waren engagierte Sozialwissenschaftler, deren intellektuelle Sozialisation nicht ausschließlich an der Universität stattgefunden hatte; sie waren wesentlich geprägt durch ihre Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, besonders in den Gewerkschaften,

4 Archiv ZI 6, Akte Satzungen, Gründung, Juli 1950 bis Januar 1952, Satzungen des Instituts für politische Wissenschaft e. V., S. 1.

5 Stammer, Otto: Zehn Jahre Institut für politische Wissenschaft. In: Politische Forschung. Beiträge zum zehnjährigen Bestehen des Instituts für politische Wissenschaft (Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Bd. 17). Köln/Opladen 1960, S. 178.

ihre – meist fraktionelle – Arbeit in der SPD und im Verband der sozialistischen Studentengruppen Deutschlands und Österreichs, besonders aber durch ihre persönlichen Erfahrungen in den Jahren der Weltwirtschaftskrise und des Auflösungsprozesses der Weimarer Republik in den Jahren 1930 bis 1933. Das Scheitern der letzten parlamentarischen Mehrheitsregierung im Frühjahr 1930, die Ära Brüning, von Papen, Schleicher und schließlich die verfassungsrechtlich quasi „legale“ Machtübernahme der NSDAP am 30. Januar 1933 hatten Auswirkungen auf die Diskussion über den Parlamentarismus und die Funktion des Rechts in der bürgerlichen Gesellschaft. Offener Terror gegen die legalen Organisationen und Institutionen der Arbeiterbewegung zwang diese Sozialwissenschaftler, das Problem der politischen Machtbildung und Machtverteilung in der bürgerlichen Gesellschaft neu zu überdenken. Die Erfahrungen mit den Praktiken des NS-Regimes trieben viele engagierte Wissenschaftler in die Emigration. Diejenigen, die in Deutschland blieben, erhielten Berufsverbot, mußten sich ihren Lebensunterhalt in Kleingewerbe, Industrie und Verwaltung verdienen und beteiligten sich zum Teil auch aktiv am Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft. An einigen Situationen der Lebensgeschichte Franz L. Neumanns, den Otto Suhr auf einer Vorstandssitzung des IfpW als den „Vater des Instituts“ bezeichnete, soll gezeigt werden, wie eng bei ihm Wissenschaft von der Politik und politische Praxis miteinander verknüpft waren.

Franz L. Neumann, geboren am 23. Mai 1900 in Kattowitz/Oberschlesien, studierte Rechtswissenschaft in Breslau, Leipzig, Rostock und Frankfurt am Main. In Leipzig trat er in den Verband sozialistischer Studentengruppen Deutschlands ein und nahm an den Kämpfen im November 1918 teil. 1927 gründete er – zusammen mit Ernst Fraenkel – in Berlin eine Rechtsanwaltspraxis, die vor allem die Interessen der Gewerkschaft der Bauarbeiter und des Metallarbeiterverbandes vertrat. Von 1928 bis 1933 unterrichtete er außerdem als Dozent an der DHfP. Seit der Parteivorstand der SPD ihn 1932 zum Syndikus der Gesamtpartei bestellt hatte, „kämpfte er jetzt als politischer Anwalt gegen Willkürakte der Preußischen Regierung und der Reichsregierung: gegen Presseverbote, Auflösung von Versammlungen, Verhaftungen, Entlassungen von Beamten“.<sup>6</sup> Noch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 reichte er bis zu seiner Verhaftung Klagen gegen zahlreiche Rechtsbrüche ein. Am 8. Mai 1933 floh er nach England und ging im Mai 1936 an das nach New York emigrierte Frankfurter Institut für Sozialforschung an der Columbia University. Während er in der Weimarer Republik als auf Arbeit- und Tarifvertragsrecht spezialisierter Anwalt bekannt war, schrieb er in der Emigration auch rechtssoziologische und politisch-philosophische Arbeiten. Sein Theoriebegriff war politisch bestimmt. „Politische Theorie, so insistierte er, dürfe nicht Selbstzweck und könne nicht wertfrei sein. Ihre Aufgabe sei es, die in einer gegebenen Gesellschaft vorhandenen und von ihr unterdrückten realen Möglichkeiten der Freiheit zu bezeichnen und die Tendenzen zu untersuchen, die die bereits bestehenden Freiheiten bedrohen.“<sup>7</sup> Zusammen mit Dr. Ossip K. Flechtheim, Dr. Otto Kirchheimer, Dr. Arkadius R. L. Gurland und Dr. Herbert Marcuse arbeitete er in New York an einer sozialhistorisch und klassenanalytisch angelegten Studie über den Nationalsozialismus in Deutschland: „Behemoth – The Structure and Practice of National-Socialism“.<sup>8</sup>

6 Pross, Helge: Einleitung zu Franz Neumann, Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt/Main 1976, S. 11.

7 Ebd., S. 16.

8 Neumann, Franz L.: Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism. London 1943. In der jüdischen Eschatologie und im Alten Testament sind Behemoth und Leviathan zwei mythische Ungeheuer aus dem Chaos und der Apokalypse. Der männliche Behemoth unterdrückt die Lebewesen auf dem Lande und die weibliche Leviathan die in der See. Nach den apokalyptischen Schriften

Wie viele andere antifaschistische, aus Deutschland nach Großbritannien, in die USA und in die Sowjetunion emigrierte Intellektuelle stellte sich auch Franz L. Neumann in den Dienst einer ausländischen Regierung, die das nationalsozialistische Regime – im Rahmen der nach dem Überfall der Deutschen Wehrmacht auf die UdSSR zustande gekommenen Anti-Hitler-Koalition – von außen militärisch bekämpfte. Er entschloß sich zu diesem Schritt, nachdem er auch nicht mehr die geringste Hoffnung hegte, daß das nationalsozialistische Regime an seinen eigenen Widersprüchen zerbrechen würde, daß die illegalisierten Organisationen der Arbeiter oder der republikanische Teil des Bürgertums den NS-Machapparat zerschlagen könnten. Wie manche seiner Freunde wollte er wenigstens auf die Nachkriegspolitik der Westalliierten Einfluß nehmen. Im Auftrag des „Board of Economic Warfare“ hatte Neumann zusammen mit Dr. Arkadius R. L. Gurland und Dr. Otto Kirchheimer eine Studie über das Schicksal des Kleinhandels im NS-Deutschland verfaßt (Senate Committee Print No. 14) und war dann bis zum Jahre 1946 Mitarbeiter des ersten Geheimdienstes der Vereinigten Staaten, des „Office of Strategie Services“ (OSS). Nach der Übernahme des OSS durch das State Department wurde Neumann zuerst „Chief of the German Desk“ im „Office of Intelligence Research“, später in derselben Abteilung „Chief of the Central European Branch“ und „Assistant Chief“ der „Division of Research on Western Europe“.<sup>9</sup> Seit 1947 lehrte Neumann zuerst als „Visiting Professor“, später als „Professor of Government“ an der Columbia University in New York.

Neben seiner Tätigkeit als Hochschullehrer übte er die Funktion eines offiziellen Beraters des US-State-Departments aus und unternahm in dieser Eigenschaft verschiedene Reisen in die amerikanische Besatzungszone und in die Viersektorenstadt Berlin. In dieser Zeit arbeitete Prof. Dr. Franz L. Neumann als Verbindungsmann zwischen der Deutschlandabteilung im State Department und der FU eng mit der Abteilung für Erziehung und Kultur der amerikanischen Militärverwaltung in Frankfurt am Main zusammen. Sein Hauptaugenmerk richtete sich nicht zuletzt deshalb auf die Hochschulpolitik der amerikanischen Militärverwaltung, weil er im Interesse einer demokratischen Entwicklung eine qualitative Veränderung der Universitäten für notwendig hielt: Selbstverwaltung von Forschung und Lehre, Mitwirkung der Studenten an dieser Selbstverwaltung, neue Lehrinhalte und neue Wissenschaftsrichtungen. Eine Entnazifizierung, die lediglich die bürokratische Eliminierung von Nationalsozialisten aus Spitzenfunktionen in der Verwaltung, den Schulen, Hochschulen und der Presse erreicht hatte, konnte seiner Meinung nach nicht die Voraussetzungen schaffen, unter denen sich eine parlamentarisch-demokratische und antifaschistische Elite in Politik, Verwaltung und Wissenschaft durchsetzen würde. Ohne Abwendung vom staatstreuen Ordnungsdenken – und dies war undenkbar ohne eine Neubestimmung der Lehrinhalte an den Fakultäten – war die Demokratisierung der Universität unmöglich. Von daher forderte er auch in einem Vortrag am 2. Februar 1950 vor den Studenten und Dozenten der wiedereröffneten DHfP in Berlin die konsequente Abwendung der Wissenschaft von der ideologischen Tradition des „juristischen Positivismus“.

Das rechtsstaatliche Verfassungsideal der positivistischen Staatsrechtslehrer und Denker

---

erscheinen die beiden Ungeheuer in der Zeit vor dem Weltuntergang wieder und errichten arbeitsteilig eine Terrorherrschaft über alle Lebewesen. Beide werden schließlich von Gott vernichtet oder – einer anderen Leseart zufolge – bringen sich gegenseitig um. Vgl. Buch Hiob 40, 15–41, 26; Psalm 74, 14 und Jesaja 27, 1.

9 Bei diesen Angaben stützten sich die Verfasser vor allem auf einen Briefwechsel zwischen Dr. Gurland und Prof. Dr. Ulrich Scheunen im September 1954.

garantiere zwar „dem Bürger ein Mindestmaß an Freiheit und Sicherheit“, gleichgültig, welche Regierungsform herrsche; andererseits habe aber gerade der deutsche Liberalismus den Rechtsstaat immer nur „als ein Substitut für die Demokratie“ betrachtet. Für Franz L. Neumann ist Politik vor allem „Kampf um die Macht“, und Machtbeziehungen könne man nicht in Rechtsverhältnisse auflösen. Der juristische Positivismus habe sich bei der Definition des Rechtsstaates von jeher damit begnügt, nicht nach dem Ursprung oder den Zielen eines Gesetzes, sondern nach seiner allgemeinen Form zu fragen. Aus der kritischen Analyse dieser Tradition der Wissenschaft in Deutschland folgte für Franz L. Neumann die Notwendigkeit der Entwicklung eines demokratischen Freiheitsbegriffes. Drei Dimensionen charakterisieren diesen Freiheitsbegriff: die juristische Freiheit als Element der politischen Freiheit; das geschichtliche Element, ohne das der Freiheitsbegriff sinnlos wäre, denn die Einsicht in die geschichtliche Bedingtheit der Freiheit verhindere ein Verharren in erstarrten Formen und zwingt dazu, die Wirklichkeit in jeder historischen Situation neu zu erforschen; als drittes Element der menschliche Wille, denn die historisch mögliche Freiheit könne nur durch die Aktion verwirklicht werden.<sup>10</sup> In der Bestimmung dieses demokratischen Freiheitsbegriffes dokumentiert sich zugleich die Hoffnung Franz L. Neumanns darauf, was Wissenschaft in Deutschland nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes leisten sollte. Dieser Anspruch ist auch in die Gespräche mit Otto Suhr und die Verhandlungen eingegangen, die zur Gründung des IfpW im Juli 1950 führten, zu dessen Konzeption und Realisierung Franz L. Neumann wesentlich beigetragen hat. Soweit den Autoren dieses Aufsatzes bekannt ist, war es ein informeller Kreis um Franz L. Neumann und Sigmund Neumann, der die ersten Vorstellungen über die Errichtung eines „Institute of Political Science“ in Deutschland entwickelte und diese im US State Department und im Frankfurter Amt für öffentliche Angelegenheiten des Amerikanischen Hohen Kommissars im Sommer 1949 zum ersten Male vorschlug.

Am 22. Dezember 1949 fanden erste konkretere Vorbereitungsgespräche über die Institutionalisierung der Politikwissenschaft an der FU und die gemeinsame Gründung eines Forschungsinstituts für politische Wissenschaften durch die FU und die DHfP zwischen dem Rektor der FU, Prof. Dr. Edwin Redslob, der auf Einladung der „Carl Schurz Memorial Foundation“ die USA besuchte, und dem Präsidenten der Columbia University, New York, General D. Eisenhower, statt. Zu dieser Zeit begannen in Berlin ebenfalls inhaltliche und organisatorische Diskussionen über ein solches Vorhaben, an denen sich unter anderem Otto Suhr, Gert von Eynern und Otto Heinrich von der Gablentz von der DHfP beteiligten.

Franz L. Neumann präzierte seine Vorstellungen vor einem deutschen Hochschulgremium zum ersten Male zu Beginn des Jahres 1950. In seiner Eigenschaft als Vertrauensperson eines Komitees an der Columbia University, New York, zur FU sowie der Deutschlandabteilung des State Department für die Zusammenarbeit mit der FU und der DHfP reiste Franz L. Neumann im Januar und Februar 1950 nach West-Berlin, um an Ort und Stelle die hochschul- und bildungspolitische Situation zu analysieren. Am 1. Februar nahm er als Gast an einer Sitzung des Akademischen Senats der FU teil. Dort berichtete er den Senatsmitgliedern, daß er von der Columbia University und dem State Department beauftragt worden sei, sich in Berlin einen Überblick darüber zu verschaffen, wie der FU und der DHfP bei der Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Political Science geholfen werden könne. Dadurch solle die Grundlage für Entscheidungen in

10 Neumann, Franz L.: Die Wissenschaft der Politik in der Demokratie. Berlin 1951, Schriftenreihe der Deutschen Hochschule für Politik, Heft 1, S. 8 f.

den Vereinigten Staaten geschaffen werden, aufgrund derer dann die Ford Foundation, die Rockefeller Foundation und das State Department die Einführung der Politikwissenschaft als Universitätsfach an der FU und die Errichtung eines Forschungsinstituts finanziell unterstützen könnten. Diese Hilfe werde zwar vorübergehend sein, voraussichtlich jedoch zunächst einmal für fünf Jahre gegeben werden, wahrscheinlich mit einer einmaligen Verlängerung um weitere drei bis vier Jahre. Allerdings werde die Columbia University, New York, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges noch keine Beziehung zu einer deutschen Universität gesucht hätte, an einem wissenschaftlichen Kontakt zur FU nur dann Interesse entwickeln, wenn die FU „nicht nur eine andere Universität und insbesondere nicht nur eine andere deutsche Universität“ werde. Die Columbia University beabsichtige aber unter keinen Umständen, irgendwelche inhaltlichen oder politischen Bedingungen mit ihrer Hilfe zu verbinden. Die zuständigen Universitätsgremien der Columbia University glaubten jedoch, daß es für die hochschulpolitische Entwicklung in Deutschland besonders wichtig sei, wenn die Politikwissenschaft in Forschung und Lehre von der FU aufgegriffen würde.

Die Rede Franz L. Neumanns und die anschließende Diskussion sind nach dessen eigener Darstellung in seinem „Vorläufigen Bericht über meine Reise nach Berlin“ vom 10. Februar 1950 weitaus schärfer gewesen, als es aus dem Protokoll der Senatssitzung hervorgeht. In dem Bericht heißt es: „Ich hatte mit dem Senat der FU ein Treffen. [...] Ich entschloß mich, sehr eindeutig zu argumentieren, und erklärte ihnen: Die Vereinigten Staaten haben sowohl ein direktes Interesse an der FU als auch an der Hochschulausbildung im allgemeinen. Die FU bildet Studenten für das öffentliche Leben aus. Wir wollen im öffentlichen Leben, besonders aber in der öffentlichen Verwaltung, zuverlässige Demokraten haben. Die Universitäten tun aber nichts, um demokratisch denkende Beamte auszubilden. [...] Die Universitäten sind auch nicht in der Lage, einige der einfachsten Tatsachen über Deutschland wahrzunehmen, weil ihnen die empirische Forschung widerstrebt. Ich wies darauf hin, daß das Studium der Politischen Wissenschaft früher eine große Tradition unter dem Namen der Staatswissenschaft hatte [...]“<sup>11</sup>

Vor der Abfassung dieses Berichtes für die Columbia University und das State Department hatte Franz L. Neumann außer mit dem Akademischen Senat der FU auch Gespräche mit den Mitgliedern des Magistrats von Groß-Berlin und dem Senat der DHfP, über die er ebenfalls ausführlich berichtete. Er schilderte außerdem die „intensiven Rivalitäten zwischen den Fakultäten der FU“ und den „erbitterten und intelligenten Kampf der FU-Studenten“ gegen die „Wiedergeburt der Korporationen und Altherrenschaften“. Im Mittelpunkt seines Berichts stand jedoch der Streit an den deutschen Universitäten über den akademischen Stellenwert der wissenschaftlichen Politikanalyse. Er untersuchte die konkreten institutionellen Rahmenbedingungen an der Philosophischen, Juristischen und Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät sowie an der DHfP für eine zukünftige Institutionalisierung der Politischen Wissenschaft als eines selbständigen Universitätsfaches bzw. einer gesonderten Fakultät (Political Science Faculty).

Darüber hinaus machte er auch eine Reihe von abgestuften Vorschlägen für eine künftige Verschmelzung von DHfP und FU. „Politische Wissenschaft muß in die FU eingebracht werden. Dieses Fach muß von Dozenten mit einer absoluten politischen Integrität und akademischen Kompetenz gelehrt werden und durch die Einrichtung eines For-

11 Neumann, Franz L.: Preliminary Report on my Trip to Berlin. Frankfurt/Main, February 10, 1950, S. 6. Standort: National Archives, Suitland Depot, Maryland, OMGUS-Records, Lieferung 5, Kästen 3-1: Educational and Cultural Relations Division, Visiting Expert Consultant.

schungsinstituts für politische Wissenschaft ergänzt werden [...].“<sup>12</sup> Zur Eingliederung der DHfP in die FU und zur Institutionalisierung der Politikwissenschaft als eigenständige Hochschuldisziplin unterbreitete Franz L. Neumann ebenfalls konkrete Vorschläge. So zum Beispiel:

„An der FU sollte ein Forschungsinstitut für politische Wissenschaft eingerichtet werden. Es sollte finanziell unabhängig sein, vorzugsweise durch Stiftungsgelder aus den Vereinigten Staaten. Dr. Otto Suhr sollte Direktor werden. Er ist für diese Aufgabe qualifiziert, ist vollständig integer, besitzt viel Erfahrung und eine große Intelligenz. Er weiß, wie Forschungsarbeit geleitet werden muß. Dr. A. R. L. Gurland wäre der ideale wissenschaftliche Leiter (chief researcher). Das Institut sollte seine Arbeit zunächst mit weniger kostspieligen Projekten, die für Berlin wichtig sind, beginnen. Erst wenn das Institut Erfahrungen gesammelt hat, sollte es langsam expandieren. [...] Falls die Spende der US-Regierung an die FU den Betrag von DM 1 Million überschreitet, sollten DM 250 000 von dieser Summe für die Zusammenlegung der FU mit der Hochschule für Politik und die Errichtung eines Forschungsinstituts bereitgestellt werden. [...] Das oben entwickelte Projekt ist die anzustrebende Lösung. Sollte sie impraktikabel sein, müßte folgende Minimallösung durchgeführt werden:

- a) Die FU sollte unverzüglich eine Abteilung für politische Wissenschaft in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät errichten. Dr. Gurland wäre für die FU auch im Hinblick auf diese Lösung akzeptabel.
- b) Ein Forschungsinstitut sollte als unabhängige Körperschaft gemeinsam von der FU und der Hochschule für Politik errichtet und geleitet werden.
- c) Die Hochschule für Politik sollte von uns finanziell unterstützt werden, auch wenn es sich dabei nur um eine Geschenksumme von DM 50 000 handelt.<sup>13</sup>“

Für die weitere inhaltliche Konzeption hatte die Tagung der DHfP vom 16. bis zum 18. März 1950 eine nicht unwesentliche Funktion. Diese interne Arbeitstagung, die unter dem Thema „Die Wissenschaft im Rahmen der politischen Bildung“ stand, wurde durch eine öffentliche Kundgebung eröffnet, bei der Oberbürgermeister Prof. Dr. Ernst Reuter die „Forderung des Politikers an die Wissenschaft und an die Hochschule“ präziserte. Anschließend begründeten Prof. Dr. Alfred Weber und Dr. Eugen Kogon die Notwendigkeit von Forschungsinstituten, von Lehrstühlen an den Universitäten und von selbständigen Hochschulen für die Wissenschaft von der Politik.<sup>14</sup> An der anschließenden Diskussion über die Begriffe, Methoden und Ziele der Wissenschaft von der Politik beteiligten sich Prof. Dr. Wolfgang Abendroth (Wilhelmshaven), Prof. Dr. Ludwig Bergstraesser (Darmstadt), Prof. Hermann L. Brill (Wiesbaden) sowie Dozenten und Studenten der DHfP.

Ebenfalls auf ein selbständiges Forschungsinstitut zielte schon vorher der Vorschlag von Prof. Dr. Sigmund Neumann, vor 1933 Dozent an der alten DHfP, der – nach einer dreimonatigen Rundreise durch die amerikanische Besatzungszone – in seinem Abschlußbericht „Status and Progress of Social Sciences in German Universities“<sup>15</sup> die Einrichtung

---

12 Ebd.

13 Ebd., S. 9 f.

14 Die Hauptreferate von Alfred Weber und Eugen Kogon sowie eine im Verlauf der internen Arbeitstagung „unter lebhafter Beteiligung der Gäste“ formulierte Schlußresolution sind veröffentlicht worden unter dem Thema der Tagung „Die Wissenschaft im Rahmen der politischen Bildung“ als Heft 2 der Schriftenreihe der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin 1950.

15 Neumann, Sigmund: Final Report of Sigmund Neumann, 22. May 1949–22. August 1949. Sta-



eines Institutes anregte, in dem die Studenten in einem Trainingsprogramm sowohl die Methoden der empirischen Sozialforschung erlernen als auch selbständig Feldforschung in Deutschland betreiben sollten. Er forderte die US-Regierungsstellen auf, ein „Institut für politische Wissenschaften“ an der philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg, das zunächst von diesem Modell ausgehen sollte, ideell und finanziell zu unterstützen. Ausschlaggebend für die Wahl des Standortes Heidelberg war sowohl das dort von Prof. Dr. Alfred Weber initiierte „studium generale“ für Hörer aller Fakultäten als auch Sigmund Neumanns positiver Eindruck von dem im Wintersemester 1946 neugegründeten „Collegium Academicum“. In einem großen Barockbau, ehemals ein Jesuitenkolleg, lebten und studierten damals 180 Studenten aller Semester und Fakultäten zusammen. Sigmund Neumann setzte offensichtlich Hoffnungen in diese neuentwickelten Formen einer akademischen Lebens- und Arbeitsgemeinschaft.

Ausgehend von der gemeinsamen Zielvorstellung, nämlich der Initiierung eines Instituts für empirische Sozialforschung, hatten Franz L. Neumann und Sigmund Neumann jedoch unterschiedliche Präferenzen bei der Wahl des Standortes für das geplante Institut. Letztendlich war für das State Department die politische Situation im Nachkriegsdeutschland bei der Entscheidung für Berlin ausschlaggebend, weil von Berlin aus die Entwicklung der Herrschaftsverhältnisse in beiden Teilen Deutschlands besser untersucht werden konnte.

Fast zur selben Zeit regte der Amerikanische Hohe Kommissar bei der hessischen Landesregierung eine trizonale Konferenz an, auf der über die Einführung des „studium generale“ an allen Universitäten und Hochschulen beraten werden sollte. Diese Tagung fand dann am 10. und 11. September 1949 im Jagdschloß Waldleiningen im Odenwald unter dem Thema „Die politischen Wissenschaften an den deutschen Universitäten und Hochschulen“ statt. Fast alle Rektoren der Universitäten und Hochschulen waren damals anwesend und verabschiedeten mehrheitlich eine Entschliebung, in der „die Einbeziehung der politischen Wissenschaften in den Studienplan der Universitäten und Hochschulen [...] als unerläßlich und dringend“ angesehen wurde.<sup>16</sup>

### *Das Institut für politische Wissenschaft*

Otto Stammer wies in seinem Rückblick „Zehn Jahre Institut für politische Wissenschaft“ darauf hin, daß es anfangs noch unterschiedliche Auffassungen über die Abgrenzung der Aufgaben des Instituts und über dessen Namen gegeben habe: „Man sprach zunächst von einem ‚Institut für Staatswissenschaft‘; später tauchten Namen wie ‚Institut für Sozialforschung‘ und ‚Institut für politische Sozialforschung‘ auf. Erst im Mai 1950 wurde in einem von den Professoren Gert von Eynern und Otto Heinrich von der Gablentz vorbereiteten Arbeits- und Organisationsplan die Bezeichnung ‚Institut für politische Wissenschaft‘ gewählt.“<sup>17</sup>

---

tus and Progress of Social Science in German Universities. Standort: National Archives, Suitland Depot, Maryland, OMGUS-Records, Lieferung 5, Kasten 3–1: Educational and Cultural Relations Division, Visiting Expert Consultant.

16 Die politischen Wissenschaften an den Deutschen Universitäten und Hochschulen. Gesamtprotokoll der Konferenz von Waldleiningen vom 10. und 11. September 1949 (hrsg. v. hessischen Ministerium für Erziehung und Volksbildung, Wiesbaden [o.J.], S. 155) Vgl. auch Kastendiek, Hans: Desintegration einer Integrationswissenschaft. Konstituierung und Wandel der westdeutschen Politologie. In: Blanke, Bernhard/Jürgens, Ulrich/Kastendiek, Hans: Kritik der Politischen Wissenschaft. Analyse von Politik und Ökonomie in der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt/Main 1975, S. 62.

17 Stammer: Zehn Jahre Institut für Politische Wissenschaft, S. 177.

Am 5. Juli 1950 stellte dann der Amerikanische Hohe Kommissar (HICOG) 200 000 DM für die Errichtung des Instituts für politische Wissenschaft bereit. Nicht zuletzt aufgrund der aktiven Unterstützung von Otto Suhr erklärte der Magistrat von Groß-Berlin am 7. Juli 1950 seine vorläufige Zustimmung zur Gründung des Forschungsinstituts und stellte außerdem am 20. Juli 1950 das obere Geschoß einer Villa in der Gelfertstraße 11 in Berlin-Dahlem zur Verfügung. Die offizielle Zulassung des IfpW als „nicht-politische Organisation“ durch den Oberbürgermeister Prof. Dr. Ernst Reuter erfolgte dann am 28. Juli 1950. Am 5. August 1950 fand die erste Sitzung des Institutsvorstandes statt. Angesichts der finanziellen Situation – zur bereits ausgezahlten Stiftung von HICOG war bis zu diesem Zeitpunkt nur noch eine kleinere Spende der Rockefeller Foundation in Höhe von 3 000 US-Dollar zugesagt worden – beschlossen die drei Vorstandsmitglieder einstimmig, daß der vierteljährliche Etat eine Grenze von 30 000 DM nicht überschreiten dürfe. Bis zum Jahresende sollten – neben einer Reihe von freien Mitarbeitern – fünf hauptamtliche wissenschaftliche Mitarbeiter, acht wissenschaftliche Hilfsassistenten und sieben Büro- und Bibliotheksangestellte eingestellt werden. Die drei Vorstandsmitglieder beschlossen auf ihrer ersten Sitzung auch einen vorläufigen Arbeitsplan.

Mit dem vorläufigen Arbeitsplan wurde bereits im August 1950 der Grundstein für die sich später herausbildenden und im Zentralinstitut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ZI 6) weiterbestehenden Abteilungen gelegt: „Historische Abteilung“ (ZI 6: Arbeitsbereich „Zeitgeschichtliche Forschung“); „Abteilung Parteien- und Verbändeforschung“ (ZI 6: Arbeitsbereich „BRD-Forschung und Archiv“); „Abteilung Sowjetzone“ (ZI 6: Arbeitsbereich „DDR-Forschung und Archiv“). Dazu kamen noch das von Otto Heinrich von der Gablentz initiierte Projekt: „Die Lebenskreise des Berliner“ (informal groups) und eine Untersuchung von Dr. Walther Hofer zum Thema „Deutschland zwischen Ost und West“. Der Posten des stellvertretenden wissenschaftlichen Leiters des Instituts wurde vorläufig noch nicht besetzt; der Vorstand beschloß jedoch, Dr. Arkadius Rudolf Lang Gurland (New York) für die Mitarbeit beim Aufbau des Forschungsinstituts zu gewinnen, die genaueren Modalitäten jedoch mit ihm selbst nach seiner Ankunft in Berlin zu besprechen. Am 20. November 1950 traf Arkadius Rudolf Lang Gurland am IfpW in Berlin ein, wo er sich sofort an den Vorarbeiten zur Studie über die „Geschichte und Analyse der Berliner Wahlen vom 3. Dezember 1950“ beteiligte. Er kannte Otto Stammer bereits seit ihrer gemeinsamen Studienzeit in Leipzig im Jahre 1924. Beide, Stammer und Gurland, waren damals aktive Mitglieder der sozialistischen Studentengruppen Deutschlands und der SPD gewesen.

Arkadius Rudolf Lang Gurland, geboren am 1. September 1904 in Moskau, hatte in Moskau und ab 1920 in Berlin das Gymnasium besucht. 1921 trat er der sozialistischen Proletarier-Jugend (SPJ) und im Frühjahr 1922 der USPD bei. Seit dem Vereinigungsparteitag der SPD/USPD im September 1922 gehörte er der SPD als Mitglied an. Nach seinem Abitur im Frühjahr 1922 studierte er an der Berliner Universität Naturwissenschaften, trat in den Verband sozialistischer Studentengruppen ein und wurde im Wintersemester 1922/23 für ein Jahr zum Vorsitzenden der Berliner Gruppe gewählt. Von 1924 bis 1929 studierte er dann an der Universität Leipzig Nationalökonomie, Philosophie und Geschichte, arbeitete gleichzeitig als Redakteur bei verschiedenen sozialdemokratischen Zeitungen und Zeitschriften und promovierte 1929 an der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig mit der sozialphilosophischen Arbeit „Produktionsweise – Staat – Klassendiktatur, Versuch einer immanenten Interpretation des Diktaturbegriffs der materialistischen Geschichtsauffassung“ und veröffentlichte diese Schrift 1930 unter dem Titel „Marxismus und Diktatur“.

Ein wesentlicher Einschnitt in Gurlands Lebensgeschichte war, daß er im Juni 1931, als der SPD-Parteivorstand die beiden Mitherausgeber der Zeitschrift *Der Klassenkampf – Marxistische Blätter*,<sup>18</sup> Max Seydewitz und Dr. Kurt Rosenfeld, aus der SPD ausschloß, nicht zur Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) übertrat, wie viele seiner politischen Freunde. Seydewitz und Rosenfeld hatten scharf gegen die Tolerierung der Notverordnungen – zuletzt am 5. Juni 1931 (Kürzung der Arbeitslosenversicherung) – durch die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion protestiert. Gurland lehnte die Spaltung der SPD ab und versuchte vielmehr, durch die Gründung einer neuen Halbmonatsschrift, *Marxistische Tribüne für Politik und Wirtschaft*, dem innerparteilichen Widerstand gegen die Politik des Parteivorstandes eine neue Plattform zu verschaffen. Nachdem dieser Versuch bereits nach einem halben Jahr am bürokratischen Eingriff des SPD-Parteivorstandes gescheitert war, trat Gurland im Juli 1932 in die Redaktion der Chemnitzer SPD-Zeitung *Volksstimme* ein. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten emigrierte er nach Frankreich, wo er als Wirtschafts- und Sozialstatistiker arbeitete. Nach seiner Übersiedlung in die Vereinigten Staaten war er von 1940 bis 1945 Forschungsassistent am „Institute of Social Research“ an der Columbia University in New York und außerdem Auslandsberater der Bibliothek des Amerikanischen Kongresses (The Library of Congress). Im Jahre 1947 bereiste Gurland im Auftrag des US War Department die amerikanische und britische Besatzungszone und verfaßte 1948/1949 für das „Office of Foreign Labor Conditions“ (US Department of Labor) ein *Handbuch über die Arbeitsbedingungen in Westdeutschland*.<sup>19</sup> Ähnlich wie Franz L. Neumann versuchte damals auch Gurland, die amerikanische Besatzungspolitik mit Berichten und konkreten Vorschlägen so zu beeinflussen, daß der Spielraum für eine linke sozialdemokratische und gewerkschaftliche Politik größer wurde. Im Rahmen dieses Aufsatzes kann diese These nicht weiter ausgeführt werden; die Autoren weisen jedoch darauf hin, daß Franz L. Neumanns Bestrebungen zentral auf die Demokratisierung der Hochschulen ausgerichtet waren, während Gurland dafür kämpfte, daß die Auflagen der amerikanischen Militärbehörden für die Gewerkschaftsarbeit möglichst schnell aufgehoben wurden.

Nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten 1947 plante Gurland eigentlich, sobald als möglich wieder nach Deutschland zu reisen, um sich dort entweder im Raum Hannover oder im Ruhrgebiet aktiv am Wiederaufbau des Arbeiterbildungswesens oder der Gewerkschaftsbewegung zu beteiligen. Aufgrund einer Denunziation bei amerikanischen Regierungsstellen erhielt er jedoch bis zum Jahre 1950 kein Einreisevisum nach Westdeutschland. Erst nachdem seine ursprünglichen Pläne so am Widerstand der zuständigen Paßbehörde gescheitert waren, akzeptierte er im Frühjahr 1950 den Vorschlag von Franz L. Neumann und Otto Suhr, nach Berlin zu kommen, um dort ein Institut für empirische Sozialforschung mit aufzubauen. Als er Ende November 1950 in Berlin eintraf, kannte er den damaligen wissenschaftlichen Leiter, Otto Heinrich von der Gablentz, nur flüchtig; die Konflikte zwischen beiden entwickelten sich in der folgenden Zeit erst

18 Die Zeitschrift *Der Klassenkampf – Marxistische Blätter* wandte sich an alle linksoppositionellen Fraktionen in der SPD und hatte besonders in Sachsen, Thüringen, Berlin und Breslau verhältnismäßig viele Leser, auch unter der Arbeiterschaft. Zu den Herausgebern gehörte auch der Austromarxist Prof. Dr. Max Adler, der damals einen großen Einfluß auf viele sozialistische Intellektuelle in Deutschland ausübte. Vgl. auch Drechsler, Hanno: *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD)*. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik. Meisenheim/Glan 1965, S. 21 ff.

19 Archiv ZI 6, *Handbook on Labor Conditions in Western Germany*; prepared by Office of Foreign Labor Conditions, Bureau of Labor Statistics, U.S. Department of Labor. Washington State D.C., June 1949.

in der wissenschaftstheoretischen Auseinandersetzung. Schon am 20. Dezember 1950 legte Gurland einen Entwurf „zur Planung der Aufgaben und Arbeitsbereiche des Instituts für politische Wissenschaft“ vor, der die laufende Beobachtung der gesellschaftlichen Prozesse und Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands und in seinen Nachbarländern vorsah. Die organisatorische Konsequenz dieses Forschungsprogramms hätte nach seiner Vorstellung eine Aufgliederung des Forschungsstabes in zwölf miteinander in Verbindung stehende Arbeitsgruppen sein müssen. Kurzfristig war ein solches Vorhaben mit all seinen organisatorischen Folgeproblemen aus finanziellen Gründen nicht realisierbar. Gurland hatte allerdings mit seiner Konzeption eine mittelfristige Perspektive für das Institut anvisiert.

### *Die Übergangsperiode*

Am 27. Januar 1951 fand die erste Sitzung des „Berliner Kreises des wissenschaftlichen Beirats“ statt. Von den Beiratsmitgliedern nahmen für die FU die Professoren Dr. Drath, Dr. Fischer-Baling, Dr. Herzfeld, Dr. Kosiol, Dr. Redslob und Dr. Stammer teil; für die DHfP Dr. von Eynern und Dr. Suhr; für die Mitarbeiter des IfpW Dr. von der Gablentz, Dr. Gurland, Dr. Bracher, Dr. Münke und Dr. Richert; außerdem Prof. Franz L. Neumann (Columbia University, N.Y.) und die beiden amerikanischen Erziehungsoffiziere Dr. Carl G. Anthon (Cultural Affairs Branch, Education Section) und Prof. Dr. John D. Riedl (Chief Education Branch, HICOG). Zunächst gab der wissenschaftliche Leiter von der Gablentz einen umfangreichen Arbeitsbericht, den er mit einer kurzen, aber parteilichen Interpretation der Paragraphen 8, 12 und 13 der Satzung über die Rechte und Pflichten des wissenschaftlichen Beirats einleitete. „Aufgrund von Besprechungen hier im Vorstand haben wir die Arbeit auf drei Gebieten von vornherein begonnen, ohne zunächst einmal den theoretischen Rahmen festzulegen, in dem diese drei Arbeitsgebiete drinstehen.“<sup>20</sup> Die Auswahl dieser drei Arbeitsgebiete – „Abteilung Wahlen“, „Abteilung 1932“ und „Abteilung Osten“ – sei aber keineswegs zufällig zustande gekommen; sie habe sich den Mitarbeitern vielmehr aus der aktuellen politischen Situation in Deutschland gestellt. Grundsätzlich müßten jedoch auch die zentralen Begriffe und die Theorie der Politik am Institut aufgearbeitet werden, denn nur wenn die Sozialwissenschaftler in Deutschland wieder den Anschluß an die internationale Diskussion fänden, könne sich auch hier eine eigenständige, systematische, empirisch und theoretisch fundierte sozialwissenschaftliche Forschung entfalten.

Am 6. März 1951 wurde Dr. Gurland dann zum stellvertretenden Leiter des IfpW ernannt. Er legte am 1. Juli ein umfassendes Organisations- und Forschungsprogramm vor, in dem unter anderem auch die Herausgabe einer politikwissenschaftlichen Zeitschrift und einiger Handbücher mittelfristig projektiert war.<sup>21</sup> In der Folge kam es nicht zuletzt aufgrund der unterschiedlichen akademischen und politischen Sozialisation Gurlands und von der Gablentz' in Organisationsfragen und Fragen der Forschungsprioritäten zu Differenzen.

20 Archiv ZI 6, Akte „Wissenschaftlicher Beirat, Einladungen Protokolle, Januar 1951 bis Juli 1958“, erste Sitzung vom 27. Januar 1951, S. 7.

21 Archiv ZI 6, Organization and Research Program, July 1, 1951, S. 32. „In addition to publishing the growing out of research conducted within the framework of the Institute, a series of publications are envisaged, which should widen the range of the Institute's activities and strengthen political science's influence on German intellectual life and democratic education. As the only institution of its kind in postwar country-regionplaceGermany, the Institute cannot elude responsibility in the sphere of political education in general, and civic education in particular. Plans have been made for scholarly periodical dedicated to the advancement and dissemination of political science [...].“

Otto Heinrich Freiherr von der Gablentz, evangelisch, am 11. September 1898 in Berlin geboren, kam aus einer preußischen Offiziersfamilie. Nach seinem Studium der Staatswissenschaften an den Universitäten Berlin und Freiburg/Breisgau promovierte er an der Universität Freiburg zum Dr. rer. pol. Ab 1925 war von der Gablentz beim Statistischen Reichsamt in Berlin tätig, zuletzt als Referent für volkswirtschaftliche Bilanzen. 1934 erhielt er Berufsverbot und arbeitete dann in der Industrieverwaltung als Abteilungsleiter bei der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie. Während der gesamten zwölf Jahre des nationalsozialistischen Regimes blieb er in Deutschland und war aktives Mitglied des „Kreisauer Kreises“ und der Bekennenden Kirche. Nach dem militärischen Zusammenbruch des NS-Regimes entwickelte von der Gablentz zusammen mit Jakob Kaiser, Emil Dovifat, Baptist Gradl und anderen Mitgliedern des Berliner CDU-Gründerkreises das Konzept eines Sozialismus aus christlicher Verantwortung. 1948 erhielt von der Gablentz einen Ruf an die DHfP als Leiter der Abteilung „Theorie der Politik“.

Von der Gablentz' unbestechliche antinationalsozialistische Haltung war für Gurland die Basis des gegenseitigen menschlichen Respekts. Die ständigen Etatschwierigkeiten, die Notwendigkeit, immer wieder eine Balance zwischen den Mitgliedern der FU und der DHfP im wissenschaftlichen Beirat zustandezubringen, der Legitimationsdruck, der auf dem Institut lastete, und die Vorstellung, daß nur durch eine schnelle Folge von wissenschaftlich-qualifizierten Veröffentlichungen diese Schwierigkeiten gemeistert werden könnten, führten jedoch zu Konflikten und unterschiedlichen Einschätzungen, die am Ende darauf hinausliefen, daß von der Gablentz am 30. Juli 1951 in einem Brief an Otto Suhr erklärte, er wolle für das IfpW künftig nur noch nebenamtlich tätig sein. Daraufhin stellte auch Gurland sein Amt als stellvertretender Leiter zur Verfügung. Am 31. Oktober 1951 schied von der Gablentz als hauptamtlicher wissenschaftlicher Leiter endgültig aus. Prof. Dr. Eugen Fischer-Baling (DHfP) und Prof. Dr. Otto Stammer (FU) wurden vorläufig mit der Geschäftsführung des IfpW betraut. Die wissenschaftliche Leitung ging provisorisch auf Prof. Dr. Martin Drath (FU), Dr. H. O. von der Gablentz (HHfP) und Dr. A. R. L. Gurland (IfpW) über. (Drath sollte Leiter einer neueinzurichtenden Arbeitsgruppe „Theorie von der Politik“ werden; von der Gablentz leitete die von ihm initiierte „Arbeitsgruppe 1932“, und Gurland war für die Arbeitsgruppen „Ostzone“, „Parteien und Machtgruppen“ sowie für das Archiv und die Bibliothek zuständig). Am 19. November 1951 beschloß die Mitgliederversammlung, bis zum 31. März 1952 keinen hauptamtlichen wissenschaftlichen Leiter zu bestellen, dem laut Satzung auch der Vorsitz im wissenschaftlichen Beirat zustand. Die Mitgliederversammlung berief für diese Zwischenzeit Prof. Dr. Otto Stammer (FU) zum Vorsitzenden des wissenschaftlichen Beirats.

Otto Stammer, geboren am 3. Oktober 1900, war in einem Leipziger Arbeiterviertel aufgewachsen. Er studierte an den Universitäten Berlin und Leipzig Staatswissenschaften, Geschichte und Zeitungskunde, unter anderen bei Richard Schmidt, und promovierte 1924 über das von Hermann Heller angeregte Thema „Der Staat bei Karl Marx und Friedrich Engels, gesehen als soziologisch-philosophischer, juristischer und politischer Staatsbegriff“. 1919 trat Otto Stammer in die SPD ein und war von 1921 bis 1924 Vorsitzender des Verbandes der sozialistischen Studentengruppen Deutschlands und Österreichs; er gehörte außerdem der Leitung des Kartells republikanischer Studenten Deutschlands an. Durch sein Studium und sein politisches Engagement in der sozialistischen Studentenbewegung lernte er Rudolf Hilferding, Otto Bauer und Max Adler kennen. Im Sommer 1924 siedelte er nach Graz über und wurde Redakteur bei der austromarxistisch-orientierten Tageszeitung *Arbeiterwille*.

Zur selben Zeit war er Leiter des Arbeiterbildungswesens in der Steiermark. 1930 kehrte er nach Deutschland zurück und übernahm den Posten eines Leiters der Wirtschaftlichen Fachschule für Arbeiter und Angestellte (Arbeiterwirtschaftsschule) in Peterswaldau/Schlesien. Als Leiter des Arbeiterbildungswesens der SPD in Mittelschlesien und Kandidat der SPD für die Reichstagswahlen vom 6. November 1932 trat Otto Stammer auf zahlreichen Wahlkampfveranstaltungen für seine Partei auf und richtete scharfe Angriffe gegen den Terror und die Ziele der Nationalsozialisten. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten erhielt Otto Stammer Berufs- und Veröffentlichungsverbot. Nach einer kurzen Haftzeit arbeitete er in Leipzig zuerst als Kellner, später als technischer Betriebsleiter eines pharmazeutischen Werkes. Im Oktober 1949 habilitierte er sich an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät für das Fach Soziologie. Das Thema seiner Habilitationsschrift lautete: „Ideologie und Geschichte. Eine Untersuchung über die Seinsweise des Geistigen im Verhältnis zur Gesellschaftlichkeit und zur Geschichtlichkeit des Menschen“. 1951 wurde er zum außerordentlichen Professor für Soziologie an die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der FU und 1955 zum ordentlichen Professor für Soziologie und Leiter der Abteilung für Politische Soziologie an der FU berufen.

Auf der Mitgliederversammlung des IfpW am 19. November traten Gert von Eynern, Otto Heinrich von der Gablentz und Edwin Redslob von ihren Vorstandsposten zurück. Die Mitgliederversammlung wählte daraufhin Eugen Fischer-Baling, Hans Herzfeld und Otto Stammer in den Institutsvorstand. Prof. Stammer, den man in den folgenden Monaten für den Posten eines hauptamtlichen wissenschaftlichen Leiters des IfpW gewinnen wollte, erklärte auf der Vorstandssitzung am 23. Februar 1952, daß es seiner Meinung nach für die Zusammenarbeit im Institut nicht gut sei, wenn er die Leitung zu einem Zeitpunkt übernehme, wo die Umorganisation des Instituts aufgrund der bisherigen Erfahrungen zwar notwendig, aber noch nicht ausdiskutiert sei. Aufgrund einer längeren privaten Unterhaltung mit Gurland sei er zu dem Ergebnis gekommen, daß bei der faktischen Stellung Gurlands im Institut und dessen ständiger Arbeitsüberlastung sich sehr wahrscheinlich neue, wenn auch im Grunde vermeidbare Konflikte ergeben würden und eine neue Krise möglich sei. Um solche Schwierigkeiten auszuschließen, schlug Otto Stammer eine grundsätzliche Umorganisation des Instituts in mehrere selbständige Abteilungen vor. Diese selbständigen Abteilungen sollten in eigener Verantwortlichkeit ihre Forschungsarbeiten durchführen, während grundsätzliche Entscheidungen für längerfristige Forschungsperspektiven von Mitarbeitern aller Abteilungen gemeinsam ausdiskutiert und entschieden werden müßten. Otto Suhr hielt dieses Organisationsmodell nach einer gewissen Übergangszeit durchaus für realistisch. Im weiteren Diskussionsverlauf um die Frage der Verantwortlichkeit bei der Herausgabe der Schriften des IfpW wurde auf Anfrage von Otto Stammer vereinbart, daß das Institut für den Charakter und die Stoßrichtung der gesamten Reihe verantwortlich sei, der oder die Autoren der einzelnen Bände jedoch für ihre Arbeiten in eigener Verantwortung zeichneten.

### *Wahlkampf und Machtverschiebung*

Unter diesem Titel veröffentlichte das IfpW im April 1952 seine erste Wahl- und Parteienstudie in der Schriftenreihe des Instituts. Mit ihrer Publikation wollten die Mitarbeiter den wissenschaftlichen Rahmen, die theoretischen Fragestellungen und die analytischen Möglichkeiten der zu diesem Zeitpunkt noch, sowohl an der Universität als auch in der Öffentlichkeit, stark umstrittenen Politikwissenschaft exemplarisch aufzeigen. Die empirisch angelegte Studie hatte im wesentlichen zwei Intentionen: Sie sollte anhand einer

monographischen Bearbeitung der Berliner Wahl von 1950 ein erster Schritt zu einer Gesamtanalyse des Parteiensystems in der Bundesrepublik und in West-Berlin sein und zweitens die Aussagefähigkeit der empirischen Sozialforschung unter Beweis stellen. Im Vorwort zu dieser Studie, das von A. R. L. Gurland verfaßt worden war, wurde als das spezifisch Neue herausgestellt, daß es den Autoren dabei nicht nur um die Analyse von Meinungsbildungsprozessen in der Wählerschaft oder von Reaktionen verschiedener Wählerschichten auf bestimmte innen- oder außenpolitische Ereignisse angekommen sei, sondern auf eine „Synthese von Forschungsmethoden“ und die „Berücksichtigung all der Forschungstechniken, die die benachbarten Gebiete in jahrzehntelanger Forschungstätigkeit ausgebildet haben“: „Wie die Sphäre des Politischen viele Gebiete umschließt, die nicht ‚Politik‘ im eigentlichen Sinne sind, und auf viele andere übergreift, so bedient sich auch die Wissenschaft vom politischen Geschehen aller Methoden und Hilfsmittel, die von mehreren verwandten Disziplinen gefunden oder ausgebaut worden sind. Daß das kein hilflos eklektisches Vorgehen ist, sondern daß hier Phänomene, die auch soziologisch, psychologisch, sozialstatistisch, historisch, juristisch usw. betrachtet werden können, unter einem bestimmten Aspekt, dem der politischen Macht, einer letztlich synthetisierenden Behandlung zugeführt werden, möchte die in diesem Band dargestellte Untersuchung erweisen.“<sup>22</sup>

In Gurlands Definition des Forschungsobjektes der politischen Wissenschaft wird die Abgrenzung zu anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen deutlich; denn die Wissenschaft von der Politik richte ihr Augenmerk zuerst und vor allem auf „die Prozesse der Entstehung, Erhaltung und Verlagerung von Macht“. Die Politikwissenschaft sei deshalb ihrem eigenen Selbstverständnis nach „kritisch gegenüber Machthabern, gegenüber institutionellen und gruppenmäßigen Vorrichtungen, die dazu dienen, Macht zu schaffen und zu behaupten“. Es sei die Aufgabe der Wissenschaft von der Politik als einer Art von Kontrollwissenschaft, „die Wirksamkeit und die sozialen Gehalte der Massenbeeinflussungsfaktoren – Propaganda, Erziehung, Ideologieverbreitung – aufzuzeigen, ihre eigentlichen Funktionen im Dienste bestimmter Machtinteressen jeder ideologischen Enthüllung zu entkleiden und die realen Sachverhalte in den Vordergrund zu rücken“.<sup>23</sup> Ausgehend von der hier prononciert wiedergegebenen Argumentationslinie untersuchte der Redaktionsstab der Studie „Wahlkampf und Machtverschiebung“ am Beispiel des Berliner Landesverbandes der SPD die Frage, inwieweit die Organisationswirklichkeit, die Mitgliederstruktur und der Meinungs- und Willensbildungsprozeß in der SPD Konsequenzen aus den Wahlniederlagen möglich machten oder nicht.

Darüber hinaus sahen wohl alle Mitarbeiter des IfpW in seiner Gründungsphase die Aufgabe der Politikwissenschaft darin, das Verhältnis von Politik und Politikanalyse selbst zu einer zentralen Fragestellung dieser Disziplin zu machen. Der generelle Verdacht gegen die Politologie zu Beginn der fünfziger Jahre in Deutschland, sie sei unfähig gewesen, „die politische Wirklichkeit des westdeutschen Herrschaftssystems“<sup>24</sup> zu analysieren, nimmt, so scheint uns, die konkreten Forschungsergebnisse der Politikwissenschaft aus jener Zeit nicht ernst. Ob man aus heutiger Sicht mit den damals angewandten Untersuchungsmethoden und der Interpretation der Forschungsergebnisse übereinstimmt, ist eine ganz andere Frage. Auf jeden Fall sind diese Studien aber nicht nur wichtige histo-

22 Münke, Stephanie: Wahlkampf und Machtverschiebung. Geschichte und Analyse der Berliner Wahlen vom 3. Dezember 1950; Mitarbeit, Redaktion und Einleitung Dr.A.R.L. Gurland (Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Band 1). Berlin 1952, S. XIII.

23 Ebd., S. XIV.

24 Kastendiek: Desintegration einer Integrationswissenschaft, S. 70.

rische Dokumente aus der Frühphase der Wissenschaft von der Politik im Nachkriegsdeutschland; sie spiegeln auch das Selbstverständnis der Gründer, Initiatoren und ersten Mitarbeiter des IfpW wider, die sich nicht nur als engagierte Sozialwissenschaftler verstanden, sondern auch als politische Akteure, die die Resultate ihrer wissenschaftlichen Forschung zum Ausgangspunkt für ihr politisches Handeln genommen haben.

Mit der Untersuchung „Wahlkampf und Machtverschiebung“ wurde im IfpW ein erster Versuch unternommen – ausgehend von einem bestimmten wissenschaftstheoretischen Vorverständnis –, der akademischen Öffentlichkeit in Deutschland die Leistungsfähigkeit eines selbständigen sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts und die Tragfähigkeit eines historisch und empirisch orientierten Forschungsansatzes vor Augen zu führen. Das Resultat war eine engagierte Wahl- und Parteienstudie mit dem Anspruch, unmittelbar die politische Diskussion zu beeinflussen.

### *Die „Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik“*

Mit dem zweiten Band der Schriftenreihe des IfpW, einem Sammelband zum Thema „Faktoren der Machtbildung – Wissenschaftliche Studien zur Politik“,<sup>25</sup> versuchten die Mitarbeiter des IfpW im Mai 1952 einerseits gezielt in die damals geführte hochschulpolitische Diskussion einzugreifen; andererseits wollten sie auf die fachinterne Auseinandersetzung auf der ersten öffentlichen Tagung der neugegründeten „Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik“ über die Problemstellung, die analytischen Begriffe und die Methoden der sich konstituierenden Spezialdisziplin Politische Wissenschaft Einfluß nehmen. Auf der Berliner Konferenz der DHfP vom 16. bis 18. März 1950, deren Teilnehmer schon fast ausnahmslos eine eigenständige westdeutsche Politikwissenschaft befürworteten, wurde dann die „Errichtung eigener Forschungszentren, Lehrstühle und Arbeitsgemeinschaften“ als organisatorische Voraussetzung für die Etablierung der politikwissenschaftlichen Forschung und Lehre an den Universitäten und Hochschulen gefordert.<sup>26</sup> Um die bereits skizzierten Widerstände – besonders der klassischen Fakultäten – zu überwinden, wurde es für notwendig erachtet, eine Fachvereinigung zu bilden, mit dem Zweck, die bisher weitgehend nur auf regionaler Ebene wirksamen personellen Kontakte zu koordinieren; darüber hinaus sollte durch diese Gründung ein Diskussionsprozeß auf wissenschaftlichen Tagungen und in einer Zeitschrift für Politikanalyse in Gang gesetzt werden, in dem die Politikwissenschaftler im Nachkriegsdeutschland die Möglichkeit haben sollten, ihr Verständnis von den inhaltlichen Aufgaben ihres Faches zu entwickeln. Inzwischen hatte der Amerikanische Hohe Kommissar – offensichtlich um die Gründung der Vereinigung zu beschleunigen – eine Spende von etwa 25 000 DM für einen Forschungsfonds in Aussicht gestellt; dadurch war die Einberufung der Gründungsversammlung dringend notwendig geworden, um einen solchen so schnell wie möglich einzurichten, denn ohne einen Ausschuß konnten die zu erwartenden Gelder nicht verwaltet werden.

25 Faktoren der Machtbildung – Wissenschaftliche Studien zur Politik. Mit Beiträgen von Karl Dietrich Bracher (Auflösung einer Demokratie/Das Ende der Weimarer Republik als Forschungsprogramm), Martin Drath (Die Gewaltenteilung im heutigen deutschen Staatsrecht), Otto Heinrich von der Gablentz (Macht, Gestaltung und Recht – Die drei Wurzeln politischen Denkens), Arkadius Rudolf Lang Gurland (Politische Wirklichkeit und Politische Wissenschaft und Amerikanische Wahlanalysen. Notizen zur neueren Fachliteratur) und Ernst Richert (Aus der Praxis totalitärer Lenkung/Die politische Entwicklung im Kreis Schmalkalden 1945–1949). Redaktion: A. R. L. Gurland, Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Bd. 2. Berlin 1952.

26 Die Wissenschaft im Rahmen der politischen Bildung, Heft 2 der Schriftenreihe der Deutschen Hochschule für Politik.



Die spätestens für das Wintersemester 1951/1952 geplante Berliner Tagung der „Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik“ verzögerte sich jedoch bis ins Sommersemester 1952. A. R. L. Gurland, der auch an der Gründungsversammlung der Vereinigung am 10. Februar 1951 teilgenommen hatte, sah durch diese zeitliche Verschiebung eine Chance, die inhaltliche Konzeption des geplanten zweiten Institutsbandes so zu verändern, daß die einzelnen Beiträge auf den Diskussionsverlauf der Tagung Bezug nehmen konnten. Vor allem durch seinen eigenen – ursprünglich nicht vorgesehenen – Beitrag „Politische Wirklichkeit und Politische Wissenschaft“ legte Gurland einen Vorschlag für die Konzeption und Perspektive der politischen Wissenschaft in Westdeutschland vor.<sup>27</sup> Daß er dieses Vorgehen in Diskussionen mit den Mitarbeitern und dem Vorstand des IfpW abgesichert hatte, zeigen die einzelnen Beiträge des Sammelbandes ebenso wie das Vorwort des Institutsvorstandes zu diesem Band: „Dem Institut für politische Wissenschaft gereicht es [...] zur besonderen Genugtuung, daß es diesen Sammelband gerade zur ersten Tagung der Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik vorlegen kann: es verbindet damit die Hoffnung, daß sich der Band als Anregung und Ansatzpunkt zur Schaffung einer Tribüne für wissenschaftlich-politische Diskussion – in Gestalt einer Zeitschrift – erweisen möge.“<sup>28</sup>

### *Freiheit als Maxime der Politikwissenschaft*

Gurland und seine Mitarbeiter nahmen in diesem Band die Auseinandersetzung wieder auf, die zwischen den engagierten Sozialwissenschaftlern aus der Emigration und dem Widerstand auf der einen Seite und der ersten Nachkriegsgeneration an den deutschen Hochschulen auf der anderen Seite über die Entstehung des Nationalsozialismus, die Machtübernahme und die Machtausübung durch das NS-Regime, das Verhältnis von Staat und Recht, die Verteilung von Macht im nationalsozialistischen System und die Funktion des Antisemitismus und des Terrors begonnen worden war. Gurland argumentierte in seinem Beitrag für die Berliner Tagung der „Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik“ auf zwei Ebenen: Auf der philosophisch-theoretischen leitete er die unbedingte Notwendigkeit und Unteilbarkeit absoluter Freiheit der Meinung und der Information für jede Wissenschaft ab und zog daraus die Konsequenz für die politikwissenschaftliche Praxis: die Bedingungen unter den je gegebenen politischen Systemen zu erforschen, unter denen Freiheit objektiv möglich sei. Das heißt, aus dem Anspruch der Wissenschaft nach Freiheit ergab sich logisch der spezielle Forschungsgegenstand der Politischen Wissenschaft. Für ihn als Politikwissenschaftler, der seine Theorie auch konsequent als wissenschaftlicher Politiker in die Praxis umsetzen wollte, stellte sich der von manchen Sozialwissenschaftlern geäußerte Zweifel am Vorhandensein eines speziell politikwissenschaftlichen Forschungsgegenstandes nicht.

„Wie wichtig ist politische Freiheit im Gesamtzusammenhang der Zeitsituation?“<sup>29</sup> Mit dieser zentralen Frage stellte Gurland das Wesen der Freiheit in den Mittelpunkt sei-

27 Noch am 11. September 1951 sah ein Plan für den zweiten Band der Institutsreihe unter dem programmatischen Thema „Auf dem Weg zu einer Wissenschaft von der Politik“ außer den schließlich erschienenen Beiträgen von Bracher, Drath, von der Gablentz und Richert noch einen Literaturbericht über wissenschaftliche Wahlanalysen von Stephanie Münke, einen Aufsatz über die „deutsche Neutralisierung“ von Walther Hofer und einen ideologiekritischen Beitrag von Otto Stammer vor. Gurland selber wollte damals noch über ein Thema aus dem Gebiet des politischen Antisemitismus schreiben. Archiv ZI 6, Akte „Protokolle, Vorstand, Mitglieder und Schriftwechsel dazu 1951–1958“, Plan für Band 2 der Schriften des Instituts für politische Wissenschaft v. 11.9.51.

28 Faktoren der Machtbildung, S. 5.

29 Ebd., S. 9.

nes Aufsatzes. Ausgehend von der historischen Erfahrung, daß Freiheit oder Unfreiheit sich niemals auf das „politische System“ beschränkten, sondern im gesellschaftlichen Leben allgegenwärtig seien, stellte er einen – wenn auch vielfach vermittelten – Zusammenhang zwischen „politischem Ordnungssystem und wissenschaftlicher Ausrichtung“ fest, einen „Phasengleichklang“ von Perioden politischer Freiheit und solchen der Unfreiheit, dem „Wechsel von vernunftgläubig-affirmativen und skeptisch-relativistischen Grundhaltungen“ in den Bereichen der Wissenschaften.<sup>30</sup> Da selbst bisher als absolut sicher geltende Naturgesetze hätten relativiert werden müssen und sich das naturwissenschaftliche Denken in eine Richtung entwickelt habe, in der es eine absolute Gewißheit der Wahrheit der gewonnenen Erkenntnisse nicht mehr gebe, sondern nur noch der ständigen Überprüfung unterliegende veränderbare Annäherungen, könne auch politische Wissenschaft nicht möglich sein ohne uneingeschränkte Freiheit der Meinung und der Information, was auch und gerade die Freiheit des Irrtums einschließe. Dies hatte für Gurland unmittelbare politische Implikationen für die äußeren Bedingungen der Freiheit: „Das Entschwinden der Kategorie der Gewißheit aus dem wissenschaftlichen Kategorienapparat offenbart die Unmöglichkeit der Wissenschaft in einem System, in dem Zweifel an den Inhalten von Staats wegen verkündeter Lehren nicht erlaubt sind. [...] Ohne den Rettungsanker der Gewißheit hat Wissenschaft nur einen Weg, der zur Wahrheit führt: Freiheit der noch so hypothetischen Meinung und Freiheit der rücksichtslosen Kritik.“<sup>31</sup>

Da Wissenschaft nicht losgelöst sei von gesellschaftlichen Verhältnissen, bestehe für den – den Machthabern unbequemen – Wissenschaftler nicht die Möglichkeit des zurückgezogenen Theoretisierens, solange er seinen Anspruch, Wissenschaft zu betreiben, nicht aufgeben wolle, das heißt die Pflicht zu konsequenter Analyse der gesellschaftlichen Wirklichkeit besonders da, wo Freiheit bedroht sei. Der Wissenschaft komme die besondere Verpflichtung zu, „die Bedrohung festzustellen und den Anteil der Wissenschaft am politischen Geschehen zu bestimmen“.<sup>32</sup> Unabhängig davon, daß die Wissenschaft dem einzelnen Wissenschaftler keine konkreten Handlungsanweisungen in bestimmten politischen Situationen geben könne, sei der einzige „zwingende Schluß“, „[...] daß ein jeder sich entscheiden muß, ob er für Freiheit kämpfen oder auf echte Wissenschaft verzichten will. Dennoch fehlt es der logischen Klarstellung an Vollständigkeit. Der einzelne Wissenschaftler mag sich wohl zwischen Freiheit und Verzicht auf Wissenschaft entscheiden; die Wissenschaft kann das nicht: in dem Moment, da sie sich für den Verzicht auf Freiheit entscheidet, hat sie Selbstmord begangen, ist sie keine Wissenschaft mehr. Ihre Verpflichtung ist eindeutig. Es ist eine logische, keine moralische Verpflichtung, die die politische Entscheidung erzwingt. [...] Nur muß ein Wissenschaftler, der sich gegen Demokratie entscheidet, vor Augen haben, daß von dem Augenblick an, da er sein politisches Ziel erreicht hat, er aufhören wird, politische Wissenschaft zu betreiben.“<sup>33</sup>

---

30 Ebd., S. 13.

31 Ebd., S. 21.

32 Ebd., S. 22.

33 Ebd., S. 34 f. In diese Richtung hat Franz L. Neumann später das dritte Element seines Freiheitsbegriffes, das „Willenselement“ erweitert: „Politischer Epikureismus“ könne die „notwendige und richtige Haltung“ sein, wenn klar sei, daß keine Möglichkeit für die Verwirklichung eines subjektiv richtigen politischen Prinzips bestehe. Dann möge sich der „homo politicus [...] tatsächlich zurückziehen und seinen Garten oder seine Gedanken kultivieren“; jedoch spiele diese „Feigheit und Gleichgültigkeit“ den abgelehnten Machthabern in die Hände. Da politische Macht das Dasein des Menschen „in immer größerem Maße“ bestimme, sei Beteiligung an der Politik selbst für diejeni-

Bei der Analyse der Bedingungen, unter denen Freiheit möglich sei, müsse die politische Wissenschaft als „Wirklichkeitswissenschaft“ (Max Weber) ebenso vorgehen wie andere Sozialwissenschaften auch: Von der empirischen Erfahrung ausgehend, müsse sie ihre Kategorien, Begriffe und Theorien entwickeln, insofern sei auch sie „Erfahrungswissenschaft“ (Max Weber). Im Unterschied zu den anderen Sozialwissenschaften – und hier entkräftete Gurland den von den klassischen Fakultäten vorgebrachten Haupteinwand, der Forschungsgegenstand der politischen Wissenschaft werde schon durch andere sozialwissenschaftliche Disziplinen abgedeckt – könne politische Wissenschaft bei der Erforschung des ihr eigenen Gebietes, der „Prozesse der Entstehung, Erhaltung und Verlagerung von Macht“,<sup>34</sup> auf ein umfangreiches speziell politikwissenschaftliches Arsenal von – besonders in den USA entwickelten – Arbeitstechniken und methodischen Verfahren verweisen, von denen vor allem zweien für die weitere Arbeit in Deutschland besondere Bedeutung zukomme: der quantitativen Semantik und der Erforschung gesellschaftlicher Meinungsbildungsprozesse. Mit deren Hilfe könnten endlich schon seit Jahrhunderten bekannte klassenspezifische, massenpsychologische Phänomene erklärt werden, die durch Manipulierung zur Erreichung von Macht entstanden seien, wie zum Beispiel, „[d]aß Menschen aus Schutz- oder Sicherheitsbedürfnissen entgegen ihren rationalen Interessen handeln, daß sie nicht selten der Versuchung erliegen, ihre Selbständigkeit, ihre Freiheit, ihre Rechte zu opfern, wenn sie dafür Sicherheit, Prestige, Geltung oder die Befriedigung anderer Bedürfnisse eintauschen“.<sup>35</sup>

Das von keiner anderen Sozialwissenschaft untersuchte Forschungsfeld des Verhältnisses von Freiheit, nicht verstanden als ideelle Freiheit an sich, sondern als real-konkrete Lebensbedingung, und Macht, verstanden als Konstituens der Verhältnisse, in denen Freiheit sich entfalten kann, bedürfe – so Gurland – zu seiner Durchdringung der genauen Kenntnis der psychischen Mechanismen bei der Vorurteilsbildung, der Entstehung von Ängsten etc. sowie der institutionellen und nicht institutionellen Verfahren zur Erriugung und Erhaltung von Macht. „Das charakteristische Merkmal einer hochindustrialisierten Gesellschaft ist die Massenbasis der Herrschaftsordnung, der demokratischen sowohl wie der totalitären; in ihr bedürfen alle Machtstrukturen, die die Herrschaft von größeren oder kleineren Gruppen (Interessengruppen, Führungsschichten) verkörpern, einer demokratischen Legitimation. Die Herrschaft muß sich im Gewande nationaler oder allgemeiner Interessen präsentieren, d. h. sie muß verschleiert auftreten. Diese Verschleierung zu zerreißen, die tatsächlichen Machtverhältnisse bloßzulegen, die institutionellen und Massenbeeinflussungsmittel in all ihren Verflechtungen klar hervortreten zu lassen, ist demnach die vornehmste Aufgabe der politischen Wissenschaft.“<sup>36</sup>

Da die gesellschaftlichen Interessenkonflikte in bürgerlichen Demokratien ebenso wie in „totalitären Staaten“ – mit Ausnahme revolutionärer Übergangsperioden – immer und überall in Form von Kompromissen ausgetragen würden und, wie schon von Otto Kirchheimer 1941 festgestellt, in den bürgerlich-parlamentarischen Demokratien die Tendenz bestehe, Konfliktlösungen von den parlamentarischen Institutionen in die Exekutive zu

---

gen notwendig, die die „politische Macht für den Menschen fremd“ hielten oder „ausschließlich als Privatmann“ leben wollten. Neumann, Franz L.: Demokratischer und autoritärer Staat – Studien zur Politischen Theorie. Frankfurt/Main 1967, S. 125; erstmals erschienen 1953.

34 Münke: Wahlkampf und Machtverschiebung, S. XIV.

35 Faktoren der Machtbildung, S. 31.

36 Ebd., S. 36 f.

verlagern,<sup>37</sup> was wiederum der „Verschleierung von Macht“ zugute komme, ergebe sich für die politische Wissenschaft ebenfalls die notwendige Aufgabe, neben Parlamenten, Regierungen, bürokratischen Apparaten, Parteien und wirtschaftlichen Macht- und Interessenvertretungen vor allem auch deren Rekrutierungsfelder zu analysieren; das heißt sowohl die gesellschaftliche und politische Sozialisation als auch die klassen- und schichtenspezifischen politischen Einstellungen der existierenden und sich neuformierenden Eliten.

Der Band 2 der Schriftenreihe des IfpW erschien zu Beginn der Berliner Tagung der „Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik“, jedoch blieb für die Tagungsteilnehmer nicht mehr genügend Zeit, ihn in die Diskussion mit einzubeziehen.<sup>38</sup> Wenn die theoretischen und methodischen Fragestellungen, die von den Mitarbeitern des IfpW im Band 2 der Schriftenreihe des Instituts systematisch zusammengefaßt worden waren, auch nicht den Diskussionsverlauf in der „Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik“ strukturieren konnten, so haben sie doch die Vorarbeiten zu den Bänden 6 „Parteien in der Bundesrepublik“<sup>39</sup> und 7 „Wähler und Gewählte“<sup>40</sup> der Schriftenreihe des IfpW beeinflusst. Rückblickend erhalten die Studien „Wahlkampf und Machtverschiebung“ und „Faktoren der Machtbildung“ ihren Stellenwert in der Forschungsstrategie des Instituts, da sie als erster Teil einer Gesamtanalyse des Parteiensystems im westlichen Teil Deutschlands nach dem Ende der NS-Ära und einer Gesamtanalyse der bürgerlichen Gesellschaft verstanden wurden.

37 Kirchheimer, Otto: Changes in the Structure of Political Compromise. In: *Studies in Philosophy and Social Science*, IX, 2, 194 1, S. 264 ff.

38 Von der Gablentz bemängelte in der Sitzung des wissenschaftlichen Beirats des IfpW am 4. Mai 1952, daß der Sammelband „in aller Eile“ für die Tagung herausgebracht worden sei: „Es hat keinen Zweck, so etwas direkt zu Beginn einer Tagung vorzulegen, wenn die Tagungsteilnehmer es nicht so rechtzeitig erhalten, daß sie es vorher ansehen können.“ Archiv ZI 6, Akte „Protokolle des IfpW und der ‚Vereinigung‘ 1950–1954“, Protokoll der Sitzung des wissenschaftlichen Beirats des IfpW v. 4.5.1952, S. 6.

39 Parteien in der Bundesrepublik – Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953. Mit Beiträgen von Max Gustav Lange (Die FDP – Versuch einer Erneuerung des Liberalismus und Betrachtungen zum neuen deutschen Parteiensystem), Gerhard Schulz (Die CDU. Merkmale ihres Aufbaus) und Klaus Schütz (Die Sozialdemokratie im Nachkriegsdeutschland) sowie Arnold Bauer (Die Bayernpartei als föderalistische Landespartei), Rudolf Holzgräber (Die DP – Partei eines neuen Konservatismus?) und Martin Virchow (Der GB/BHE – ein neuer Parteientyp?). Mit einer Einleitung von Sigmund Neumann (Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Bd. 6). Stuttgart und Düsseldorf 1955. In diesem Zusammenhang sei auf das Nachwort von M. G. Lange hingewiesen, das die im Institut geführte Diskussion im wesentlichen zusammenfaßt.

40 Hirsch-Weber, Wolfgang/Schütz, Klaus: Wähler und Gewählte – Eine Untersuchung der Bundestagswahl 1953 (unter Mitarbeit von Peter Schran, Martin Virchow u. a.). Mit einem Vorwort von Otto Stammer (Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, hrsg. vom wissenschaftlichen Leiter, Prof. Dr. Otto Stammer, Bd. 7. Berlin). Köln/Opladen 1957.